„Der Courier"
ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Elmann
Geschäftsführender Direktor.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Wochenausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
In Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .35
Für das Ausland:	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Der große Mann eilt seiner Zeit voraus,
Der kluge kommt ihr nach auf allen Wegen,
Der Schlaukopf beutet sie gehörig aus,
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

E. von Bauernfeld.

Nicht Worte, sondern Taten!

Eine der übelsten Erscheinungen unseres heutigen öffentlichen Lebens ist das allzuviele unnötige Schwätzen. Diese Krankheit ist nicht auf ein Land beschränkt, sondern hat die gesamte Weltpolitik angesteckt. Hätten wir ebenso tüchtige Männer der Tat und Helden der politischen Arbeit wie wir tüchtige Redner und Maulhelden haben, so wäre der unglücklichen Menschheit schon längst geholfen. Die politischen Doktoren stehen an den Krankheits- oder Sterbelagern der einzelnen Völker, reden und reden und reden, sprechen Trost zu und verzapfen ihre persönlichen oder parteipolitischen Meinungen und streiten sich über die Schuld und Ursache des Elends. Bitter notwendig wäre es aber, mit durchgreifenden Mitteln zu helfen und, wenn nötig, auch hie und da eine schmerzhafte Operation vorzunehmen, um die kranken Teile zu entfernen und die verderblichen Keime auszurotten. Statt dessen läßt man den Krebsschaden an unserem Wirtschafts- und Volksleben weiterfressen und vertröstet auf bessere Zeiten, die alles heilen sollen. Bessere Zeiten sind aber nur durch bessere Menschen zu erwarten, die ihre Kraft nicht in leeren Reden vergeuden, sondern durch entschlossenes Handeln in das Räderwerk der Weltgeschichte eingreifen.

Was für die große Politik gilt, sollte auch in der kleinen Politik, beispielsweise in den Angelegenheiten der canadischen Provinzen, nicht übersehen werden. Die Legislaturen von Saskatchewan, Alberta, Manitoba und Ontario sind wieder an der Arbeit. Es ist das gute Recht und sogar die Pflicht dieser Provinzparlamente, zu den brennenden Tagesfragen Stellung zu nehmen. Die Wähler haben ein Interesse daran, die Meinungen und Auffassungen der von ihnen bestellten Abgeordneten kennenzulernen. Manche kindliche Gemüter freuen sich sogar, wenn einmal ein Volksvertreter recht kräftig auftrumpft, und sie meinen dann: „Der hat es der Regierung aber gründlich besorgt." Doch die breite Masse des Volkes, die die drückende Last der Arbeit und Sorge zu tragen hat, steht den Parlamentsreden entweder teilnahmslos oder sogar ablehnend gegenüber. Der einfache Mann fragt sich mit Recht: Was kann mir die Beredsamkeit und Schwatzhaftigkeit der Abgeordneten nützen? Wird mir dadurch aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herausgeholfen? All diese politischen Doktoren mögen ganz gescheite und kluge Leute sein, aber sie vertreten doch nur ihr Parteiinteresse oder gar ihr persönliches Interesse. Sie machen den Leuten von den Schwatzbuden aus, die man Parlamente nennt, einen blauen Dunst vor und suchen sich gegenseitig in der Zungenfertigkeit zu übertreffen, um nur ja bei der nächsten Wahl wieder gewählt zu werden!

Betrachten wir die Legislatur von Saskatchewan! Die Thronrede, die der „Courier" in seiner letzten Nummer im Wortlaut wiedergegeben hat, hat doch fürwahr deutlich genug die Schäden und Nöten unseres Farmerstandes aufgezeigt. Nun wäre es Sache der Abgeordneten, in ernster gründlicher Beratung die Maßnahmen zur Abhilfe des Notstandes ausfindig zu machen. Der Farmer weiß an und für sich schon gut genug, wo ihn der Schuh drückt. Das braucht man ihm nicht erst zu sagen. Ebenso sind sich unsere Farmer darüber einig, daß nur wirkliche Fachleute, die selbst das Farmhandwerk praktisch betreiben, ihm etwas Neues über die Ausgestaltung und Umgestaltung des Farmbetriebes bieten können. Was aber den Farmer interessiert, ist die Frage: Welche Möglichkeiten hat die Legislatur zur Linderung der Notlage und ist sie gewillt, diese Möglichkeiten restlos auszunützen? Wenn man der Wahrheit die Ehre geben will, muß man mit Befriedigung feststellen, daß die diesmaligen Verhandlungen der Legislatur von Saskatchewan sich jedes unnötigen parteipolitischen Feuerwerkes enthalten und in sachlicher Weise vor sich gehen. Dennoch finden wir, daß bis jetzt nur wenige brauchbare Vorschläge zur Besserung der wirtschaftlichen Lage des Farmerstandes vorgebracht wurden. Die hartbedrängten Farmer wollen aber nicht leere Worte, sondern Taten.

Dasselbe gilt auch für die viel erörterte Alkoholfrage. Man scheint in der Legislatur von Saskatchewan sich darüber klar und einig zu sein, daß man nicht gegen den Willen von 80,000 Anhängern der Moderation League handeln kann. Das ergab sich aus den Reden von fast allen Abgeordneten, wenn auch der eine oder andere eine Lanze für den längst überholten Temperance Act brach. Es ist schön und gut, wenn man eine neue Volksabstimmung über die Prohibition befürwortet. Ein Gesetz, das durch den Volkswillen eingeführt worden ist, soll auch durch den inzwischen aufgeklärten und ernüchterten Volkswillen beseitigt werden. Schön und gut, aber: Nicht Worte, sondern Taten! Man verschiebe nicht den Zeitpunkt dieser Volksabstimmung bis in den nächsten Herbst hinein, sondern gebe in allerkürzester Frist den Wählern Gelegenheit, ihre Meinung geltend zu machen! Wird das Referendum verzögert, so haben die Herren Bootleggers noch eine weitere Schonfrist, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu mästen, und dem Provinzsäckel entgehen wertvolle Einnahmen, die nicht unterschätzt werden dürfen. Manitoba hat in den drei Monaten seit Aufhebung des Prohibitionsunsinnes über $500,000 aus dem Liquorverkauf gewonnen — ein Beispiel, das Nachahmung verdient. Selbst Ontario wird, nach der dortigen Thronrede zu schließen, Gelegenheit erhalten, sich von den lästigen Fesseln der Prohibition zu befreien. Hoffen wir, daß durch eifrige Agitation unserer Freunde der Vernunft in ganz Canada zum Siege verholfen wird, damit der Fluch der erzwungenen „Trockenheit" von unserem Lande genommen werde!

Nicht Worte, sondern Taten! Diese Forderung an die verantwortlichen Lenker der Völkergeschicke sollte man in ehernen Buchstaben über den Sitzungssaal jedes Parlamentes setzen und in die Köpfe aller maßgebenden Männer einhämmern. Dann gibt es noch einen Ausweg aus den Wirren der Gegenwart.

Die Verschacherung des Rheinlands

Ein gewaltiger Sturm durchbrauste die britischen Inseln und das europäische Festland auf Grund einer Beschuldigung von Lloyd George, daß Woodrow Wilson und Clemenceau zur Zeit der Friedenskonferenz hinter seinem Rücken ein geheimes Abkommen getroffen hätten. Der amerikanische Präsident soll durch dieses Abkommen der Besetzung des Rheinlands durch französische Truppen auf 15 Jahre zugestimmt haben.

Das französische und das britische auswärtige Amt waren sehr geschäftig. Das erstere stellt die Beschuldigungen rundweg in Abrede, letzteres überweist die Angelegenheit dem vormaligen Premierminister zu weiterer Aufklärung. In Paris bestreitt der „Tiger" Clemenceau Lloyd Georges Behauptung. Andre Tardieu, der auf der Friedenskonferenz eine hervorragende Rolle gespielt, sagte, er wisse nichts von dem Abkommen.

Nach einer Londoner Depesche an die Havas-Agentur bedauert Premierminister MacDonald in einem Schreiben an Premier Poincaré den Vorfall, welcher durch die Unterredung von Lloyd George entstand.

Weltumschau

Deutschland.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und Belgien, welche durch den Einfall in die Ruhr sehr gespannt waren, sind wiederhergestellt worden, und zwei deutsche Gesandte sind für die Hauptstädte der Alliierten ernannt worden. Dr. Leopold von Hoesch, welcher der deutsche Geschäftsträger in Paris war ist zum deutschen Gesandten in Frankreich ernannt worden und Dr. von Keller, welcher bis jetzt der Gesandte in Belgrad war, ist zum Gesandten in Brüssel ernannt worden.

Wer aber glauben sollte, daß diese Wiederaufnahme der Beziehungen ein Nachgeben Deutschlands gegenüber Frankreich bedeute, ist auf dem Holzweg. Die Regierung des Reichskanzlers Marx scheint im Gegenteil entschlossen zu sein, Deutschlands Rechte energisch zu verteidigen und verlorene Rechte wiederzugewinnen. Das geht aus einer Note der deutschen Reichsregierung an die Pariser Machthaber hervor. In dem Schreiben wird auf die schwere Verantwortung der französischen Regierung hingewiesen, wenn sie nicht sofort ihre Vertragsverpflichtungen erfüllt. Die Note beschwert sich darüber, daß die französischen Zivil- und Militärbehörden die Separatisten unterstützen, deren Banden meist aus nicht pfälzerischen Elementen bestehen. Die Folge war ein schwerer Eingriff in die Hoheit des Reichs und die Unterdrückung von 700,000 wehrlosen Menschen. Die deutsche Regierung ersucht die französische darum abermals um Wiederherstellung der Zustände in der Pfalz im Einklang mit den Vertragsbedingungen, um Entwaffnung der Separatisten, ihre Entfernung aus öffentlichen Gebäuden sowie darum, daß den deutschen Behörden die unbeschränkte Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gestattet wird. Ueberdies wird Frankreich aufgefordert, die Rückkehr ausgewiesener Personen nicht länger zu hindern und sich von jetzt ab jeder Einmengung in die inneren politischen Angelegenheiten von Deutschland zu enthalten und besonders jede direkte oder indirekte Unterstützung der Aufrührer im besetzten Gebiet einzustellen. Die Regierung richtete ferner eine Note an Frankreich und Belgien. Sie fordert unverzügliche Aufhebung der Zollvorschriften, wodurch die besetzte Gegend, soweit Deutschland in Betracht kommt, vollständig in ausländisches Gebiet verwandelt wird.

Die deutsche Reichsregierung wird in ihrem Kampfe gegen die Separatistenbanden im besetzten Gebiet von der reichstreuen Bevölkerung unterstützt. In Wiesbaden hat der deutschfühlende Volksteil die grün-weiß-roten Verräter-Flaggen von den Fahnenstangen gerissen und auf den Straßen verbrannt. Darauf flohen die Separatistenführer vor der Wut der Bevölkerung und ließen die von ihnen geräumten öffentlichen Gebäude in fürchterlichem Zustand zurück. Viele wertvolle Akten und Möbel waren von den separatistischen Gaunern zerstört worden.

Ganz umsonst scheint der deutsche Protest an Frankreichs Adresse nicht gewesen zu sein. Die Besatzungsbehörden haben zwar die Rückkehr der Sicherheitspolizei ins Ruhrgebiet nicht zugegeben, sich aber damit einverstanden erklärt, daß die blaue städtische Polizei des Gebietes aus den Reihen der ausgewiesenen Sicherheitspolizisten verstärkt wird. Es wurde dabei der Vorbehalt gemacht, daß nur geborene Rheinländer und Westfalen angenommen werden.

Inzwischen tagen in Berlin noch die beiden Sachverständigenausschüsse unter dem Amerikaner Dawes und dem Engländer McKenna. Sie haben zu untersuchen, wie der deutsche Staatshaushalt auf eine gesunde Grundlage gestellt werden kann. Den Sachverständigen liegt auch der Voranschlag für das laufende Jahr vor, der in Goldmark aufgestellt ist. Die Steuereinnahmen sind darin mit 5,124,000,000 Goldmark und die anderen Einnahmen mit 130,000,000 Goldmark angesetzt. Diesen Gesamteinnahmen von 5,254,000,000 Goldmark stehen ordentliche Ausgaben von 4,942,000,000 und außerordentliche Ausgaben von 130,000,000, ferner Ausgaben in Verbindung mit der Ausführung der Bedingungen des Versailler Vertrages von 640,000,000 Goldmark, zusammen also 5,712,000,000 Goldmark gegenüber, so daß das Budget mit einem Fehlbetrag von 458 Millionen Goldmark abschließt.

Es wird angenommen, 1) daß das Dawes-Komitee befinden wird, daß keine Reparationen gezahlt werden können, wenn nicht die Ruhr und die Rheinlande dem deutschen wirtschaftlichen Ganzen wieder einverleibt werden sollten.

2) Daß ein Moratorium von zwei oder drei Jahren für Deutschland erforderlich sein wird, selbst wenn die Ruhr und der Rhein zurückgegeben werden sollten.

3) Daß die endgültige Festsetzung der Gesamtsumme der Reparationen auf ein späteres Datum verschoben werden müsse, nachdem das wirtschaftliche Leben Deutschlands wieder hergestellt sein würde, ungefähr nach drei Jahren.

Den Ernst der Zeit haben gewisse Kreise in Deutschland immer noch nicht erfaßt. Sie kochen am Elend des deutschen Volkes ihre Parteisuppe. Zu diesen gehören die Rechtsradikalen, die Deutschvölkischen und Deutschnationalen, die die Vaterlandsliebe in Erbpacht genommen haben, und die Linksradikalen, die Kommunisten, die nach Moskaus Pfeife tanzen. Diese Kreise haben augenblicklich nichts Notwendigeres zu tun, als nach Reichstagsneuwahlen zu schreien, weil sie auf Parteizuwachs rechnen. Der Reichstag sollte eigentlich am Januar sich auflösen; aber die Regierung und die gemäßigten Parteien werden sich darüber klar werden müssen, ob Neuwahlen unter den jetzigen Verhältnissen dem Reiche nicht mehr schaden als nützen.

Deutsch-Oesterreich

Generalkommissär Zimmermann hat in seinem Berichte im Völkerbundrat eine außerordentlich günstige Zukunftsaussicht Oesterreichs aufgestellt. Die dauernde Stabilmachung des Geldsystems sei eines der wichtigsten Zeichen des günstigen Fortschreitens der Gesundungsaktion. Dr. Zimmermann weist auf die Prägung neuer Silbermünzen hin, die keineswegs die Einführung einer neuen Valuta bedeute, aber in enge Beziehung zu der Münzreform gebracht werden müsse, die einer späteren, noch nicht mit einem festen Datum bestimmbaren Zukunft vorbehalten sei.

Ein weiteres Anzeichen herannahender besserer Zeit sei vor allem der Rückgang der Zahl der unterstützten Arbeitslosen. Die Besserung der Verhältnisse werde auch in der Erhöhung der Spareinlagen erkennbar. Dr. Zimmermann legt besonderes Gewicht auf diese Steigerung des Sparsinnes der Bevölkerung, der den Beweis liefere, daß der wirtschaftliche Organismus trotz der notwendigen Lasten sich nicht schwäche, sondern daß er im Gegenteil fortwährend und immer deutlicher erstarke. Als weiteres Zeichen einer fortschreitenden Besserung der Verhältnisse sei der Umstand, daß für den Ausbau der Wasserkräfte bedeutende Kapitalien gefunden werden konnten und zwar innerhalb Oesterreichs selber. Der Ausbau der wichtigsten Elektrizitätswerke sei gesichert und die Inangriffnahme anderer vielversprechend vorbereitet. Die Gesundung der Staatsfinanzen gehe Hand in Hand mit der Gesundung der staatlichen Wirtschaft.

Die österreichische Regierung beabsichtigt mit Rumänien einen Handelsvertrag abzuschließen, der die Formel der Meistbegünstigung enthalten soll. Dem Abschluß dieses Vertrages gilt auch eine Reise des österreichischen Bundeskanzlers Prälat Seipel nach Bukarest. Die österreichische Regierung schlägt damit einen Weg ein, der bereits von verschiedenen osteuropäischen Staaten beschritten wird. Es sei an die kürzlich geschlossenen Abkommen zwischen Jugoslawien mit Italien und der Tschecho-Slowakei mit Frankreich erinnert. Während die beiden genannten Verträge auch einen militärischen Charakter haben, handelt es sich bei dem Abkommen, das Oesterreich mit Rumänien abzuschließen gedenkt, lediglich um einen Handelsvertrag.

Ungarn.

Obwohl die Regierung eine große Mehrheit aufzutreiben vermochte, um den Antrag für Auflösung der Kammer abzuweisen, gilt es doch als zweifelhaft, ob Premier Graf Bethlen im Stande sein wird, alle jene Maßregeln in der gegenwärtigen Kammer durchzubringen, welche als Bedingung für die geplante Anleihe der Völkerliga gestellt sind.

Graf Apponyi bekämpft die Anleihe, weil damit Ungarn sein Geburtsrecht verkaufe und die Möglichkeit vernichtet werde, die gegenwärtigen internationalen Verwicklungen auszunützen, um eine Wiedergenesung des Staates zu Wege zu bringen.

Premier Bethlen hatte eine Besprechung mit dem sozialdemokratischen Führer Julius Peidl vor Abreise des letzteren nach London auf Einladung der britischen Arbeiterpartei. Wie verlautet, ersuchte Graf Bethlen den sozialdemokratischen Führer, seinen Einfluß bei den britischen Laboriten für die Anleihe aufzubieten, die, wie er sagte, das Wohl des ganzen Landes und nicht bloß das einer einzelnen Partei berühre. Die allgemeine Meinung in Ungarn scheint an dem Erfolg der Anleihe zu zweifeln. Es geht das Gerede, gewisse politische Elemente strecken Fühler aus in Betreff der Möglichkeit, daß Ungarn dem französisch-tschechoslowakischen Bund beitritt und seine nationale Wiederherstellung dadurch zu bewerkstelligen sucht, daß es sich die gegenwärtigen politischen Zwistigkeiten unter den Mächten zunutze macht.

Der britische Kommissar in Budapest, Thomas Hohler, ist abberufen worden, weil er ein Freund Admiral Horthys und des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen ist und außerdem in seinen Berichten an das auswärtige Amt die Existenz irgendwelcher Ausschreitungen leugnete, deren die ungarischen Nationalisten beschuldigt waren.

Jugoslavien.

Das jugoslavische Parlament nahm eine Vorlage an, durch welche eine Anleihe von 300,000,000 Goldfranken von der französischen Regierung gutgeheißen wird. Der Finanzminister erklärte, als er um die Billigung der Anleihe ersuchte: „Die Anleihe wird in erster Linie für wirtschaftliche Wiederherstellung unseres Landes und später für die Vollendung von Arbeitungen benutzt. Die Bedingungen der Anleihe sind wie folgt: Zahlbar in zehn Jahren mit fünf Prozent Zinsen in einem Goldwert. Als Garantien bietet Serbien die Ueberschüsse Einnahmen der Regierungsmonopole und Zolleinnahmen, welche die Ausgaben für alle vor und nach dem Kriege eingegangenen Schulden bedeutend übersteigen."

Rumänien.

Es wird angekündigt, daß Rumänien seine Bewerbung um ein Darlehen von 100,000,000 Francs bei der französischen Regierung zurückgezogen hat, da es in England bessere Bedingungen für die von ihm benötigten Waffenlieferungen erlangen konnte.

Rußland.

Zum Nachfolger Lenins ist Rykov ernannt worden. Seine Ratgeber sind: Kamenev, Tscherupa, Chubar und Alasvili. Der Nachfolger Lenins ist ein schlanker Mann mit dunklem Haupthaar und dunkeln Augen. Rykov stammt von einer Bauernfamilie und wurde im Jahre 1881 in Saratov geboren. Er ist ein bolschewistischer Veteran und ist ein Mitglied des Zentralen Komitees seit 1906 gewesen. Während der Regierung des Zaren nahm er an den wichtigsten geheimen Konferenzen der Bolschewiki teil, wurde im Jahre 1910 verhaftet und nach der am meisten nördlich gelegenen Festung verbannt, aber ein Jahr später entkam er und entfloh in das Ausland. Als er von seiner Partei den Befehl erhalten hatte, nach Rußland zurückzukehren, um die Propaganda weiter zu führen, wurde er in Moskau verhaftet und in die arktische Gegend verbannt, von wo er im Herbste des Jahres 1914 wieder seine Flucht bewerkstelligte. Im Beginne des Jahres 1917, als Lenin nach Rußland zurückkehrte, hatte Rykov mit ihm Meinungsverschiedenheiten über die Frage einer Diktatur des Proletariats und trat als Haupt der Bolschewisten in Moskau für eine Diktatur des Proletariats und der Bauern ein. Nach der Sowjet-Revolution war Rykov der erste Kommissär für innere Angelegenheiten in dem Kabinette Lenins.

Frankreich.

Die französischen Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Die Einigkeit und Geschlossenheit des Regierungsblockes scheint sogar darunter zu leiden. Poincaré bietet seinen Gegnern durch seine beabsichtigten Maßnahmen zur Stützung des französischen Franken eine breite Angriffsfläche. Niemand zahlt bekanntlich gerne Steuern. Aber nirgends ist die Steuerangst so stark wie in Frankreich. Man spricht schon von einer Krise und vom „Sturze Poincarés". Soweit sind wir vielleicht noch nicht. Denn die Gegner Poincarés verspüren wohl wenig Lust, seine Erbschaft vor den Wahlen anzutreten. Aber man widersetzt sich doch seiner Forderung, ihm diktatorische Vollmachten zu übertragen.

England.

Eines der bedeutendsten Ereignisse der letzten Zeit ist die Anerkennung Sowjetrußlands durch die englische Regierung. Wir haben das unter „Letzte Nachrichten" in der Courierausgabe mitgeteilt.

Das neue Arbeiterkabinett scheint auch in die übrige europäische Lage einzugreifen gewillt zu sein. In einer eigenen Sitzung haben die neuen Minister die einschlägigen Fragen durchgesprochen und den Plan einer internationalen Konferenz erörtert.

Vereinigte Staaten.

In einigen Kreisen der Ver. Staaten hat man sich künstlich darüber aufgeregt, weil die deutsche Regierung den verstorbenen Wilson als einfachen Bürger betrachtete — was er ja auch war — und daher nicht amtlich ihr Beileid bekundet hat. Während alle Gesandtschaften in Washington zum Zeichen der Trauer auf Halbmast geflaggt hatten, wehte die deutsche Flagge auf vollem Maste. Erst als die öffentlichen Aemter in Washington geschlossen hatten, senkte sich auch die deutsche Fahne. Damit schließt sich die Botschaft der amtlich festgesetzten nationalen Trauer an. Einige amerikanische Ueberpatrioten nagelten eine amerikanische Fahne vor dem Tore der deutschen Botschaft an. Auf Beschwerde bei der Polizei wurde die Fahne entfernt.

Mexiko.

Adolfo De La Huerta, der Führer der mexikanischen Revolution, hat mit seinem Stab Vera Cruz verlassen und ist auf einem Dampfer nach einem unbekannten Bestimmungsort abgefahren. Die Stadt ist von allen revolutionären Truppen frei. Das wird von der Obregonregierung als der Anfang vom Ende der Revolution betrachtet.

Südafrika.

Premier Smuts von der Südafrikanischen Union hat sich bereit erklärt, für die Annahme eines Gesetzes einzutreten, welches alle Deutschen, die in den früher Deutschland gehörigen Gebieten von Südwestafrika, die jetzt zur Südafrikanischen Union gehören, leben, automatisch zu britischen Bürgern macht. Diejenigen, welche das britische Bürgerrecht nicht annehmen wollen, können dazu nicht gezwungen werden. Der Entschluß des Premiers ist die Folge von zahlreichen Konferenzen, die er mit Delegationen aus dem früher deutschen Gebiete gehabt hat. General Smuts erklärte den Delegationen gegenüber, er habe sich dem deutschen auswärtigen Amte gegenüber verpflichtet, den Deutschen auch fernerhin den Gebrauch ihrer Muttersprache zu gestatten und den deutschen Schulen Beihilfen zu gewähren. Deutsche Einwanderer werden in diesen Distrikten ohne alle Formalitäten zugelassen, und solche Deutsche, die unter dem Gesetze britische Bürger werden, sind für die Dauer von dreißig Jahren von Kriegsdienste in der britischen Armee gegen Deutschland befreit. Diese früher deutschen Bezirke werden ihre eigenen Verwaltungen haben und ihre eigenen Budgets aufstellen, sodaß sie, soweit sich das im Rahmen der Union erreichen läßt, selbständig bleiben. Die Deutschen sind, wie gemeldet wird, mit dieser Neuordnung der Dinge sehr zufrieden und es steht zu erwarten, daß alle die britische Staatsbürgerschaft annehmen werden. (Das Vorgehen des Premier Smuts verdient Nachahmung.)

Das vernünftige Canada und das fanatische Amerika

Die erfreulichen Wirkungen des in der canadischen Provinz Quebec eingeführten vernünftigen und verständigen Getränkeregulierungsgesetzes treten, dem „Wächter und Anzeiger", einer Zeitung in den Staaten, zufolge, immer deutlicher zutage. Es dürfte nur eine Frage verhältnismäßig kurzer Zeit sein, bis ganz Canada sich die Vorteile dieses Systems im Interesse der Förderung wahrer Mäßigkeit zunutze machen wird. Unsere nördlichen Nachbarn (Canada) rücken dem Problem mit gesundem Menschenverstand zuleibe, während in unserer nationalen Prohibitionsgesetzgebung und in den krampfhaften Versuchen, sie gegen den Willen der liberalen Mehrheit zu vollstrecken, der blödeste Fanatismus Trumpf ist und widerliche Blüten treibt. Ja, man darf sich nicht einmal der Hoffnung hingeben, daß die Entlarvung W. H. Andersons, des Obermoguls der Anti-Saloon Liga in New York, der soeben des gemeinen Verbrechens der Fälschung überführt worden ist, irgendwelchen Wandel schaffen wird. Den krassen Gegensatz, der in der gesetzlichen Regelung der Getränkefrage zwischen dem vernünftigen Canada und dem fanatischen Amerika besteht, hebt die Chicago Tribune in ihrer gestrigen Nummer an leitender Stelle in einem bedeutsamen Artikel hervor, der schonungslos die Sonde an eine Geschwür in unserem öffentlichen Leben legt.

Das Chicagoer Blatt nimmt Bezug auf eine klare und erschöpfende Darlegung, in der sein Korrespondent Arthur Evans kürzlich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die günstigen Folgen des Getränkegesetzes in Quebec gelenkt hatte. Dieses Gesetz, das den Regierungsverkauf von starken alkoholischen Getränken und Wein vorsieht und den Verkauf von Malzgetränken in Wirtschaften und den von Bier und Wein in Hotels reguliert, erbringt den praktischen Beweis, wie ein verständiges Volk eine Frage öffentlicher Wohlfahrt in vernünftiger Weise anfaßt. Der nämliche Mob-Impuls, der über die Ver. Staaten hinwegfegte und hier verfassungsmäßige Prohibition zur Folge hatte, hat auch Canada heimgesucht, ihm jedoch seinen gesunden Menschenverstand nicht geraubt.

Canada hat sein Prohibitionsgesetz nicht in so gut wie unwiderrufliche Form gefaßt, wie wir es getan haben. Die Provinzen hatten Freiheit des Handelns, und es war für sie möglich, ihre Gesetze je nach Ermessen abzuändern. Es war für Quebec möglich, die Methode zu erproben, die sich jetzt so zufriedenstellend und erfolgreich erwiesen hat, und andere Provinzen konnten, wie sie es jetzt tun, von der Erfahrung Quebecs profitieren und dessen Methode annehmen.

So sollte ein Demokratie handeln. Canadische Mäßigkeit in der Gesetzgebung hat Mäßigkeit im geselligen Leben und Achtung vor dem Gesetze gezeugt. Unsere Unmäßigkeit in der Gesetzmacherei hat Gewalttaten, Korruption, Schwächung des Gesetzes, Morde, Verbrechen auf organisierter Grundlage, Gefährdung des nationalen Gesundheitszustandes und neue Gefahren sowohl für die Jugend wie für das gereifte Alter gezüchtet.

Die Regierung von Quebec hat die absolute Kontrolle über den Verkauf von Schnaps und sonstigen Spirituosen in Händen. Der Vertrieb erfolgt durch Regierungsverkaufsstellen. Der Käufer genießt sowohl für die Qualität wie für den Preis der Ware Regierungsschutz, und obwohl die Regierung nicht sagt, daß ein Bürger keine Spirituosen kaufen darf, so wird er doch zum Genuß guter Weine durch ausnahmsweise niedrige Preissätze ermutigt. Hotels erhalten die Lizenz zum Verkauf von Wein und Bier, doch dürfen Wirtschaften (Schankräume) nur die Malzgetränke verkaufen.

Herr Evans hat festgestellt, daß Quebec eine Provinz ist, in der durchweg Mäßigkeit herrscht. Fälle von Trunkenheit gibt es nicht. Die Bevölkerung ist ordnungsliebend. Sie steht in Bezug auf Gesetzesbeobachtung weit über der Provinz Ontario, die den Verkauf alkoholischer Getränke verbietet. Dabei ist dort die Prohibition nicht ganz so fanatisch wie in den Ver. Staaten, hat jedoch einige der nämlichen Mißstände im Gefolge.

Das in Quebec geltende System erkennt an, daß es im Getränkehandel Uebel und Gefahren geben kann, gleichzeitig jedoch erkennt es die Grenzen an, die dem Gesetz gesteckt werden müssen, wenn es sich um Eingriffe in menschliche Lebensgewohnheiten handelt. Prohibition gibt dem allerschlechtesten Schnaps den erhöhten Wert der verbotenen Frucht und steigert das Verlangen, ihn sich zu beschaffen. Sie schwächt durch übermäßigen Druck den persönlichen Charakter, die Ehre der Gesetzvollstreckung und die Achtung vor dem Gesetz. Unsere Fanatiker selbst gehen nicht den geraden Weg. W. H. Anderson, von der Anti-Saloon Liga in New York, ist zumindest eine zweifelhafte Persönlichkeit. Die Polizei ist bestochen, Bundesagenten sind bestechlich, Bierhändler liefern sich blutige Fehden. Wir haben Schmuggelei an unseren Küsten. Diplomatenschnaps verursacht Skandale und internationale Reibungen in Washington. Wir sind häufig in aufregenden Streitigkeiten mit anderen Nationen.

Leute trinken denaturierten Alkohol, der Gift enthält, selbst wenn man ihn zu reinigen versucht. Sie sterben an „Moonshine". Sie bringen Traubensaft zum Gären und brauen Malz.

Der Kontrast zwischen vernünftiger Regierung in Canada und fanatischer Mißregierung in den Ver. Staaten ist so groß, daß es unmöglich scheint, daß die beiden Völker so etwas wie die nämliche grundlegende Idee der Demokratie und angemessener Freiheit unter einer geordneten Regierung haben könnten. Canada kann seine Kontrollmethoden nach Belieben ändern. Uns starrt das 18. Amendement zur Verfassung ins Gesicht, und wir treiben anscheinend hilflos dahin in einer Flut über Folgen eines unserer größten nationalen Irrtümer.

* * *

Diese Aeußerungen amerikanischer Blätter, die den Volksbetrug und Unsinn der Prohibition durchschaut haben, treffen zu unserem Bedauern noch nicht auf ganz Canada zu. Denn außer Ontario leidet auch Saskatchewan noch unter dem Drucke eines vollständigen Alkoholverbotes. Die Legislatur von Saskatchewan scheint gewillt zu sein, eine Volksabstimmung über die Liquorfrage zuzugestehen. Hoffentlich wird diese Volksabstimmung recht bald vorgenommen, damit auch Saskatchewan zum vernünftigen Canada gerechnet werden kann.

Prohibition ein Fehlschlag

Auch in Finnland.

Vor zwei Jahren nahm der finnländische Reichstag ein Gesetz an, das nach schwedischem Muster eine möglichst große Beschränkung des Alkoholgenusses vornehmlich durch harte Bestrafung der Trunkenheit herbeizuführen sucht. Jetzt, am Ende des ersten Probejahres, läßt sich an der Hand der statistischen Ergebnisse, wie sie der Helsingforser Abgeordnete Dr. Schaumann beigebracht hat, überblicken, wie sich das Anti-Alkoholgesetz in dem kleinen Staatswesen ausgewirkt hat. Natürlich hatte man bei Annahme des Gesetzes eine Verminderung der Vergehen infolge des Alkoholgenusses erwartet. Das Gegenteil ist eingetreten: eine erhebliche Steigerung der Trunkenheitsvergehen ist festzustellen. Beteiligt sind daran die Arbeiter mit 65 Prozent (Landarbeiter 5, Stadt- und Fabrikarbeiter 30, andere Arbeiter 30 Prozent), Bauern 10, alle übrigen (Kaufleute, Beamte, Studierende u. a.) 25 Prozent. Von 42,800 Fällen fielen aufs erste Vierteljahr 7572, das zweite Quartal 9811, das dritte 13,072, das vierte 12,345. Ganz bedeutend nahm der Schmuggel von Alkohol zu, denn während 1920 87,000 Liter, 1921 74,000 Liter Sprit und Spirituosen beschlagnahmt wurden, wuchs die Zahl 1922 auf das Doppelte, nämlich 164,000 Liter an. Dabei wird festgestellt, daß die Zahl der entdeckten Fälle nur klein ist im Vergleich zu den nicht entdeckten Schmuggeleien, die durch die Schiffahrt und die nicht genug zu kontrollierende Küste begünstigt werden. Alles in allem zeigt auch das Beispiel Finnlands, daß Prohibition überall ein Fehlschlag ist.

Rheinischer Bauernschwur

Es singt im tiefen Grunde
Sein uralt Lied der Rhein:
„Ob hell, ob trüb die Stunde,
Deutsch will ich ewig sein!"

Es hallt von grauen Türmen
Ein Klang, so wohlbekannt:
„Mag auch das Unheil stürmen,
Wir steh'n auf deutschem Land!"

Es rauscht vom Pfälzer Walde
Ein Widerball so stark:
„Ich bleibe stets der Alte,
Treu deutsch bis in das Mark!"

Und durch viel tausend Herzen
Schwingt ein Gebet so klar:
„Wir teilen deine Schmerzen,
Germania, immerdar!"

Mag auch der Westwind toben,
Wir halten wacker stand:
„Wir fühlen uns verwoben
Mit dir, du deutsches Land!"

Und sollt' in unsern Reihen
Ein falscher Judas sein,
Und unsern Stand entweihen,
Der soll verfluchet sein.

Auskunft

„Wie lange geht man denn eigentlich durch diesen Wald?"

„Hm, das kommt ganz darauf an, mit wem man geht. Mit der Frau dauert es eine halbe Stunde, mit der Schwiegermutter fünfzehn Minuten und mit der Braut drei Stunden."